

Von Rainer Brahms

Zwischen Antifaschismus und Standortnationalismus

Gewerkschaften: Akteur gegen Rechts mit Problemen im eigenen Haus

Gewerkschaften waren und sind als ArbeitnehmerInnenvertretungen nicht nur mit Fragen der Tarifpolitik beschäftigt, sie zählen zugleich zu den größten zivilgesellschaftlichen Akteuren. Aus der Arbeiterbewegung entstanden und traditionell in der politischen Linken beheimatet sowie im Nationalsozialismus zerschlagen und verfolgt, engagieren sich die Gewerkschaften seit ihrer Neugründung in der Bundesrepublik gegen Neonazismus. In den letzten Jahren hat sich aber auch gezeigt, dass extrem rechte Einstellungsmuster unter Gewerkschaftsmitgliedern weit verbreitet sind und dass gewerkschaftliche Politik bedacht sein muss, durch das eigene Handeln einer weiteren Rechtsentwicklung nicht weiteren Vorschub zu leisten.

Gewerkschaftlicher Antifaschismus

Gewerkschaftlicher Antifaschismus findet seinen Ausdruck in vielfältigen Aktivitäten, die in etwa dem entsprechen, was auch eine vom DGB eingesetzte Kommission zum Thema „Rechtsextremismus“ im Jahr 2000 als zentrale Handlungsfelder benannte: Aktivitäten in Berufsschulen und Betrieben, gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die Beteiligung an Protesten gegen Neonaziaufmärsche, an Bündnissen und Netzwerken sowie Öffentlichkeits- und Medienarbeit. Die am ehesten in der breiten Öffentlichkeit wahrnehmbaren Aktivitäten ist die Beteiligung von GewerkschafterInnen an den Protesten gegen Naziaufmärsche – sei es in politischen Bündnissen, die oft auch Antifagruppen ein-

schließen, oder durch eigene Aktionen. Durch ihre Erfahrung, ihre Bürgernähe und die in der Regel guten Kontakte zu Stadtverwaltungen, Polizei und anderen Institutionen und nicht zuletzt über ihre personal- und finanzstarke Organisationsstruktur zählen die Gewerkschaften zumindest in den alten Bundesländern zu den wichtigsten zivilgesellschaftlichen Akteuren, wenn es um Proteste gegen extrem rechte Veranstaltungen geht. Gerade in breiten politischen Bündnissen, wie sie angesichts einer zunehmenden Zahl neonazistischer Aufmärsche in den letzten Jahren auch in NRW in einer Vielzahl von Städten entstanden sind, sind die Gewerkschaften auch ein Partner für unabhängige AntifaschistInnen – auch wenn die Zusammenarbeit nicht immer konfliktfrei ist.

Ob und wie weit die lokalen Gewerkschaftsstrukturen zu einer Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften bereit sind, ist von Stadt zu Stadt unterschiedlich. Zum Teil offenbart sich hier eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Anlässlich des bundesweiten Neonaziaufmärschs am 1. Mai in Dortmund sah der DGB frühzeitig von einer

Gegendemonstration ab und veranstaltete stattdessen zeitgleich mit dem Neonaziaufmarsch weitab von diesem ein „Rock gegen Rechts“-Konzert. Wie der DGB-Landesvorsitzende **Guntram Schneider** im Rahmen einer gewerkschaftlichen Tagung zu Gewerkschaften und extremer Rechter betonte, explizit mit dem Ziel, Jugendliche von direkten Protesten und möglichen Auseinandersetzungen mit der Polizei fernzuhalten.

Dass Gewerkschaften einen anderen Politikstil pflegen als unabhängige AntifaschistInnen, ist noch nachvollziehbar, doch fernab der Neonazis bei Bier und Würstchen mehr Engagement gegen Rechts zu fordern, wird der realen Bedeutung extrem rechter Umtriebe nicht gerecht. In anderen Städten hingegen organisierten GewerkschafterInnen zusammen mit anderen linken Organisationen und Gruppen erfolgreich Proteste. Daran gilt es anzuknüpfen.



Foto: arbeitsfotografie.com

Bildungsarbeit

Gerade im Bereich der politischen Bildungsarbeit finden sich zahlreiche gewerkschaftliche Initiativen, die sich explizit dem Engagement gegen Rechts widmen. Ob der in den 80er Jahren entstandene Verein *Mach meinen Kumpel nicht an!*, dessen Symbol der „Gelben Hand“ weit über die Gewerkschaften hinaus zum Markenzeichen antirassistischer Arbeit wurde, oder Initiativen wie die *Bausteine antirassistischer Bildungsarbeit*.

Neben an die breite Öffentlichkeit gerichteten Informationsveranstaltungen bieten Gewerkschaften insbesondere Seminare und Workshops an, die sich als Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen primär an MultiplikatorInnen wie LehrerInnen und in der Jugendarbeit Tätige richten. Gewerkschaften klären besonders in Berufsschulen, Betrieben und in der Jugendbildungsarbeit über Rassismus und Antisemitismus auf, versuchen hier präventiv tätig zu werden und ebenso die Gleichberechtigung von MigrantInnen zu fördern.

Beispielhaft für erfolgreiche Projekte sind die vom *Netzwerk für Demokratie und Courage* und dem Projekt *Für Demokratie Courage zeigen!* in inzwischen neun Bundesländern – leider nicht in Nordrhein-Westfalen – regelmäßig durchgeführten Projekttagen an Bildungs- und Jugendeinrichtungen. Ehrenamtliche TeamerInnen, zum Teil aus Gewerkschaften und Jugendverbänden, thematisieren Vorurteile, Diskriminierung, Rassismus, die extreme Rechte, Migration und erproben verschiedene Möglichkeiten, im Alltag Courage zu zeigen und sich gegen extrem rechte Aktivitäten zu engagieren. Allein an diesem Projekt haben in den vergangenen drei Jahren bei mehr als 400 Projekttagen etwa 10.000 Jugendliche teilgenommen. Doch auch in NRW bieten Gewerkschaften Lehrerfortbildungen zur extremen Rechten oder auch zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit an und unterstützen Aktionen wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.



Antifaschismus im Betrieb

Als Arbeitnehmervertretungen liegt der Fokus der Gewerkschaften neben den Berufsschulen und den MultiplikatorInnen vor allem auf den Betrieben. Ziel des gewerkschaftlichen Antifaschismus in den Betrieben ist es, rassistische Verhaltensweisen im Arbeitsalltag zurückzudrängen und generell der Verbreitung extrem rechter Einstellungsmuster entgegenzuwirken. Zur Umsetzung dieser Ziele bietet sich eine ganze Reihe von Instrumenten an.

Sowohl das Betriebsverfassungsgesetz als auch das Bundespersonalvertretungsgesetz enthalten Bestimmungen zur Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung von Beschäftigten, auf deren Grundlage antirassistische Betriebsvereinbarungen möglich sind, in denen neben Aktivitäten wie dem Einrichten von Bildungsprojekten oder einer Förderung migrantischer ArbeitnehmerInnen auch Sanktionen bis hin zu Abmahnungen und Entlassungen festgehalten werden können. Unter Bezugnahme auf das europäische Antidiskriminierungsgesetz ist seit 2006 außerdem das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in Kraft. Damit besteht die Möglichkeit, im Zweifelsfall mit arbeitsrechtlichen Mitteln gegen Rassismus und Antisemitismus im Verhalten der MitarbeiterInnen untereinander, aber auch durch Unternehmen selbst – etwa durch Diskriminierung bei der Einstellung oder das Verhalten von Vorgesetzten – vorzugehen. In einigen Unternehmen wie *Thyssen-Krupp* konnte auf diese Weise nicht nur gegen konkrete Missstände vorgegangen werden, sondern es konnten auch Projekte initiiert werden, die versuchen, Konflikten zwi-

schen deutschen und ausländischen MitarbeiterInnen vorzubeugen und vermittelnd tätig zu werden.

Kein externes Problem

Wenngleich Werte wie Gleichberechtigung und Gerechtigkeit Grundpfeiler gewerkschaftlichen Selbstverständnisses sind, so haben wissenschaftliche Studien in den vergangenen Jahren nachgewiesen, dass extrem rechte Einstellungsmuster auch unter Gewerkschaftsmitgliedern weit verbreitet sind.

Für Aufsehen sorgte insbesondere 2005 eine Studie Berliner Politikwissenschaftler, die mit Unterstützung der DGB-nahen *Hans-Böckler-Stiftung* und der *Otto-Brenner-Stiftung* der *IG Metall* die Verbreitung extrem rechter Einstellungsmuster unter Gewerkschaftsmitgliedern untersucht hatten. (Vgl. *LOTTA #21, S.4*) Diese bestätigte zum einen, dass extrem rechte Einstellungen unter den Mitgliedern mit 19 Prozent annähernd genauso verbreitet sind wie unter den nichtorganisierten ArbeitnehmerInnen (20 Prozent).

Zum anderen sind Gewerkschaftsmitglieder aus der Mittelschicht, die immerhin die Hälfte der Mitglieder ausmacht, anderthalb Mal so oft extrem rechts eingestellt wie Unorganisierte aus dieser Schicht. Hier handelt es sich in der Regel um FacharbeiterInnen und qualifizierte Angestellte, mit vergleichsweise hoher Bildung und Einkommen, die eher weniger mit den negativen Folgen von Modernisierung und Globalisierung zu kämpfen haben. Besorgniserregend ist dies vor allem, da sich mit 43 Prozent annähernd die

Hälfte aller gewerkschaftlichen FunktionsträgerInnen aus dieser Gruppe rekrutiert.

Dass es sich nicht immer nur um Einstellungen handelt, die ohne Konsequenzen bleiben, zeigt beispielhaft eine Analyse des Berliner Büros der *IG Metall*. Der zufolge stimmten bei der Bundestagswahl 2005 fünf Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in Ostdeutschland und immerhin ein Prozent im Westen für die NPD. Besonders erschreckend: Bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern waren es im Osten zehn und im Westen drei Prozent – laut der Studie der höchste Wert der NPD quer durch Bildungsstatus-, Tätigkeits-, Konfessions- und Gewerkschaftszugehörigkeiten.

Standort Deutschland

Bei der Ursachenforschung stellt sich insbesondere die Frage nach Ansatzpunkten für extrem rechte Deutungsmuster in der klassischen Gewerkschaftspolitik. Gerade in den letzten Jahren haben eine globalisierte Wirtschaft und ein Erstarken neoliberaler Politik dazu geführt, dass in den Konflikten um den Erhalt von Arbeitsplätzen der Gedanke internationaler Solidarität in den Hintergrund getreten ist. Stattdessen wird die Argumentation der Gewerkschaften im internationalen Konkurrenzkampf teilweise dominiert von einer Art „Standortnationalismus“. Im Widerspruch zwischen ArbeitgeberInnen und Arbeit-

nehmerInnen wird in Standortfragen die Kapitaleseite ersetzt durch eine weitere Gruppe ArbeitnehmerInnen an einem anderen Standort, beispielsweise in Tschechien. Internationale Abhängigkeitsverhältnisse und deren Folgen für die ArbeitnehmerInnen insgesamt werden zu Gunsten des Eintretens für einen starken Standort Deutschland vernachlässigt. Eine Kritik der Rolle der deutschen Wirtschaft im internationalen Verdrängungswettbewerb, ihrer Mitverantwortung für die wirtschaftlichen Verhältnisse in anderen Staaten und eine Diskussion über politische Alternativen findet kaum noch statt.

Vor diesem Hintergrund ist auch die zunehmende Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern zu sehen, die extrem rechte Einstellungsmuster teilen. Der Bedrohung ihrer Arbeits- und Lebenssituation durch eine globalisierte Wirtschaft und die Politik neoliberaler Deregulierung wird zunehmend durch eine Unterstützung eines rigiden Protektionismus begegnet, der Anknüpfungspunkte an extrem rechte Argumentationsmuster bietet.

Gerade bei Themen wie Entsendegesetz, Lohndumping und Mindestlohn ist darauf zu achten, dass keine Anknüpfungspunkte für rassistische und nationalistische Argumentationsmuster geboten werden. Als Beispiel für kritikwürdige Gewerkschaftsarbeit sei in diesem Zusammenhang auf die IG-BAU-Kampagne „Ohne Regeln geht es nicht“ verwiesen. Das Anliegen, gegen Schwarzarbeit auf dem Bau aktiv zu werden, wurde hier verbunden mit der Aufforderung, illegal beschäftigte MigrantInnen bei einer Hotline zu denunzieren.

Mangelnde Differenzierung

Auch in der Auseinandersetzung mit den Unternehmen fehlt in der konkreten gewerkschaftlichen Alltagspraxis manchmal eine differenzierte Analyse, wie ein Beispiel aus der Mitgliederzeitung der IG Metall aus dem Jahr 2005 zeigt. Ein Artikel zu den Folgewirkungen so genannter Hedge-Fonds wurde auf der Titelseite der *metall* mit

„amerikanischen“ Investoren als Insekten mit großen Saugrüsseln, US-Flagge und dem Titel „Die Aussauger“ illustriert. Obgleich nicht etwa nur US-amerikanische Fonds genannt wurden, hieß es von der Redaktion einleitend: „Finanzinvestoren aus Amerika schlachten deutsche Unternehmen aus. Sie kaufen die Firmen, um sie kurz darauf mit Gewinn weiter zu veräußern. Rücksicht auf Menschen, Regionen oder Traditionen nehmen die amerikanischen Finanziere nicht. Wie Mücken saugen sie aus den Betrieben das Geld, um dann nach dem gleichen Muster weiter zu schwärmen. Leidtragende sind die Menschen.“

Eine solche „Analyse“ bietet Anknüpfungspunkte für rassistische und extrem rechte Argumentationen. Sie produziert nicht nur einschlägige Feindbilder, sondern konzentriert sich in ihrer plumpen Ursachenforschung auf eine antiamerikanisch konnotierte und dem Antisemitismus nicht ferne Analyse, die in ihrer Sündenbockmentalität die hiesigen kapitalistischen Produktionsverhältnisse bewusst auspart. Trotz zahlreicher kritischer Reaktionen wurde das Thema in der nächsten Ausgabe der *metall* unter Verweis auf viele positive Rückmeldungen mit gleicher Argumentation und Illustration weitergeführt.

Zukunft

In den Gewerkschaften wird inzwischen langsam begriffen, dass sie selbst aktiv an der nationalen Definition der sozialen Frage mitgewirkt haben. Ziel muss es für die Zukunft sein, sich nicht nur gegen extrem rechte Aktivitäten zu engagieren, sondern auch die eigene Politik auf verschiedenen sozialpolitischen Ebenen wie der betrieblichen Interessenvertretung oder der Tarifpolitik und insbesondere im Umgang mit Problemen wie Outsourcing und Unterbietungskonkurrenz so zu gestalten, dass Solidarität und Gleichberechtigung Grundwerte sind, die keine Einschränkung auf ein durch Hautfarbe oder Staatsangehörigkeit konstruiertes Kollektiv dulden.

★

IG-Metall-Zeitung „metall“, Mai 2005

